

Niederschrift Nr. 23 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Sitzungstermin: Mittwoch, 09.02.2011
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:15 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende

Meyer, Lina

SPD-Fraktion

Bamminger, Berendine für Elfriede Meyer

Götze, Horst

Grix, Helga

Meinen, Regina

Stöhr, Friedrich für Kai-Uwe Schulze

CDU-Fraktion

Orth, Petra

Verlee, Carmen (ab 17:10 Uhr)

FDP-Fraktion

Bolinius, Erich für Rolf Bolinius (bis 19:10 Uhr)

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Schild, Walter

Fraktion DIE LINKE. Grundmandat

Graf, Wilfried

Beratende Mitglieder

Grix, Wilhelm

Vertreter der AWO

Haarmeyer, Norbert

Vertreter der Caritas

Hayenga, Klaas

Vertreter der ev.-ref. Kirche

Kandziora, Marianne

Vertreterin des Seniorenbeirates

Voges, Dr. Friedhelm

(bis 18:45 Uhr)

Verwaltungsvorstand

Lutz, Martin

Erster Stadtrat

von der Verwaltung

Tempel, Doris

Knochenhauer, Annett

(bis 19:10 Uhr)

Obes, Dirk Dr.

Schulte, Elke

Protokollführung

Jetses, Karin

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau L. Meyer eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift Nr. 22 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 22.11.2010

Beschluss:

Die Niederschrift Nr. 22 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 22.11.2010 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 5 Rahmenplan Integration;
- Zieldefinition
Vorlage: 15/0654/2

Frau Schulte erläutert ausführlich die Vorlage 15/0654/2. **Herr Schild** meint, das Erarbeitete höre sich zwar gut an, außer schönen Worten müssten jetzt aber auch Taten folgen. Das Schiffssymbol „Scheppen Christi“ sei ein starkes, christlich-abendländisches Symbol mit konfessioneller Bindung. Die Menschen mit Migrationshintergrund hätten aber häufig einen anderen religiösen Hintergrund und nicht einmal der in Emden sehr vorbildlich gelebte ökonomische Ansatz werde mit diesem Symbol beachtet. Seine Fraktion halte daher ein neutrales, verbindendes Symbol für das Richtige. Es hätte hierzu durchaus Ideen gegeben:

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

- ein neuer Stein, eingesetzt in eine alte, vorhandene Mauer,
- ein anderer Stein zwischen Kieselsteinen,
- eine andere Blume zwischen Blumen auf einer Wiese usw.

Außerdem seien in manchen Städten zur Symbolfindung Wettbewerbe ausgeschrieben worden. Es zeige sich, dass eine Fortsetzung der Arbeit in einem parteiübergreifenden Gremium notwendig sei und dass sich die Politik und die Gesellschaft nicht aus der Debatte zurückziehen dürften, wie es jetzt nach dem Beschluss des Rahmenplanes passiert sei. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantrage daher eine erneute Diskussion in den Fraktionen.

Herr Dr. Voges erklärt, er hätte sich über die Wahl des Schepken Christi sehr gefreut, da es die große Tradition der Stadt Emden noch einmal bewusst werden lasse. Aus der Diskussion heutiger theologischer und weltanschaulicher Diskussionen könne er sich aber durchaus noch ein zweites Symbol vorstellen. So könnte dem Symbol mit Hilfe eines guten Grafikers etwas Inklusives aus unserer Zeit hinzugefügt werden. Er geht auf seine eigenen Erfahrungen zum Thema Integration im Seniorenkreis und im Paulus-Kindergarten ein.

Herr E. Bolinius spricht sich für das Symbol „Schepken Christi aus. Man sei immer noch ein christliches Land und dazu sollte man sich auch bekennen. Gerade dieses Symbol (Gottes Kirche, verfolgt, vertrieben, hat Gott hier Trost gegeben) sage alles aus. **Herr Lutz** erklärt, er finde das Symbol nach anfänglicher Skepsis passend, weil es ein Traditionssymbol für die Stadt Emden sei, welches für Emden als eine tolerante Seehafenstadt stehe. Wenn eine Änderung vorgesehen sei, sollte diese konzentriert vorgenommen werden, um das Thema nicht zu zerreden. Bezüglich der Loyalität gegenüber der Gesellschaft, in der die Migrantinnen und Migranten leben würden, geht er näher auf das Grundgesetz ein, denn er erwarte von jedem, der in Deutschland leben wolle, dass er sich an die Grundwerte halte.

Herr Graf nimmt Bezug auf die Vorschläge zur Leitbilddefinition, die im Folgetreffen am 09.04.2010 erarbeitet worden seien:

1. In der Hafencity Emden findet jeder seine Heimat
2. Willkommen in Emden – wo Unterschiede bereichern und anerkannt werden
3. Emden – Heimathafen für alle
4. In der Seehafenstadt vor Anker gehen
5. Emden/Emderinnen werden

Bezüglich des zu erwartenden Migrantenzuwachses von 25 – 30 % schlägt er vor, nicht über das Symbol zu streiten, sondern mit handfesten Dingen zu arbeiten. **Frau Schulte** meint, es sei nicht selbstverständlich, dass ein Glaube wie der reformierte neben dem lutherischen und davor dem katholischen Glauben sich überhaupt etablieren konnte. Die Entscheidung, Menschen aus aller Herren Länder aufzunehmen, um hier einen anderen Glauben zu leben, sei für die Stadt Emden ein Riesenschritt gewesen. Emden sei weltoffen und das Schiff symbolisiere, dass den Migrantinnen und Migranten „ein sicherer Hafen“ geboten werde.

Frau Tempel erinnert daran, dass die Erstellung des Rahmenplans Integration auf eine breite Basis gestellt worden sei, weil dieses Thema nicht nur die Verwaltung betreffe, sondern alle BürgerInnen Emdens, alle Institutionen, Vereine, alle Individuen. Anschließend erläutert sie die vier wichtigsten Handlungsfelder, die in Zukunft schwerpunktmäßig zum Thema Integration bearbeitet werden sollten:

- Bewusstseinsbildung
- Bildung und Erziehung
- Erwerbstätigkeit und
- Wohnen

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Zum Handlungsfeld Bewusstseinsbildung werde zurzeit über eine Schulung für die Mitarbeiterinnen in der Stadtverwaltung nachgedacht, die mit diesem Personenkreis in Kontakt kämen. Für die MitarbeiterInnen sei es wichtig, die verschiedenen Kulturkreise kennenzulernen, um zu wissen, wie mit diesen umzugehen sei.

Zum Handlungsfeld Bildung und Erziehung gäbe es eine Interessensbekundung des FB 600 zur Teilnahme an der Bundesinitiative „Frühe Chancen“ mit dem Ziel, die Kita Schwabenstraße zu einer Schwerpunkt-Kita „Sprache und Integration“ zu entwickeln. Der Start dieses Programms sei der 01.03.2011.

Zum Handlungsfeld Erwerbstätigkeit und Wohnen hätten MitarbeiterInnen des Jobcenters an der Rahmenplanerstellung mitgewirkt. Das Jobcenter habe sich für 2011 das Ziel gesetzt, 50 % der TeilnehmerInnen einer Maßnahme, die auf Migrantinnen und Migranten ausgerichtet sei, in den Arbeitsmarkt zu integrieren und zusätzlich 18 Personen eine berufsbezogene Sprachförderungsmaßnahme anzubieten.

Darüber hinaus gebe es aus dem Bereich des Projektteams Barenburg eine Bewerbung um die Teilnahme an dem Programm „Soziale Stadt – Bildung, Arbeit, Wirtschaft im Quartier“. Auch an diesem Programm sollten Migrantinnen und Migranten teilnehmen, um den Integrationsprozess weiter zu befördern. Sie wolle hiermit klarmachen, dass nicht allein der FB 500 den Prozess weiter transportiere, sondern dass auch bei anderen das Thema Integration seit der öffentlichen Diskussion über die Rahmenplanerstellung bewusster wahrgenommen und bei ihren Aktivitäten berücksichtigt werde.

Herr Götze erklärt, die Integration sollte nicht an der Symbolgeschichte scheitern. Während der Workshops zu Beginn des letzten Jahres sei festgestellt worden, dass in Emden grundsätzlich schon einiges entwickelt worden sei. Es müsse aber noch weiter an diesem Thema gearbeitet werden. Es gehe darum, Vorurteile abzubauen, damit das Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlicher Herkunft irgendwann alltäglich sei. Seines Erachtens sollte auch öffentlich ein Signal gesetzt werden. Es könnte z. B. für ein paar Monate ein großes Plakat mit einem Gruppenfoto und der Aufschrift „Integration in Emden geht nur gemeinsam!“ am Rathaus aufgehängt werden.

Frau Orth erklärt, auch der CDU-Fraktion gefalle das Symbol des Schiffes sehr gut. Integration sei ein sehr weites Thema, welches nicht unbedingt auf Menschen fremder Kulturen reduziert werden sollte. Integration bedeute, alle Menschen einfach mitzunehmen. Z. B. könnte Menschen ohne Schulabschluss die Möglichkeit gegeben werden, diesen nachzuholen, um in die Gesellschaft integriert zu werden. **Herr Grix** erklärt, er könne mit diesem Symbol nichts anfangen. Ihm würde es Freude bereiten, wenn Menschen gezeigt würden und das Ganze aussagekräftiger dargestellt würde.

Herr Graf schlägt vor, im Bereich des Jobcenters und der Stadtverwaltung ein bzw. zwei Migranten einzuarbeiten, die mit den Migrantinnen und Migranten „auf gleicher Höhe“ seien. Seines Erachtens bringe dies ein besseres Vertrauensverhältnis. **Herr Lutz** erwidert, die Verwaltung sei froh, dass sich einige Leute mit Migrationshintergrund bei der Verwaltung beworben hätten, das Problem sei aber die Minderzahl der Bewerbungen. Außerdem sei die Gleichbehandlung bei Migrantinnen und Migranten mit unterschiedlichen Qualifikationen zum Teil schwierig. Von daher appelliere er an alle Migrantinnen und Migranten mit einem Schulabschluss, sich bei der Verwaltung zu bewerben. Anschließend geht er auf den demografischen Wandel Emdens ein.

Bezüglich des Symbols schlägt er vor, das Schiff als vorläufiges Logo zu belassen. Für ihn sei wichtig, dass dieses Bild auch eine Emdener Identität darstelle.

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Es wird vereinbart, einen Wettbewerb an Schulen u. ä. zu veranstalten, um möglichst viele zu beteiligen. Das Symbol des Schepken Christi wird dem Protokoll der heutigen Sitzung als Anlage 1 angehängt.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 6 Erstellung eines Internetportals zur Förderung des Bürgerlichen Engagements
Vorlage: 15/1884

Frau Schulte erläutert anhand einer Powerpointpräsentation ausführlich die o. a. Vorlage. Diese wird dem Protokoll der heutigen Sitzung als Anlage 2 angehängt. **Herr E. Bolinius** führt aus, dass den Ausschussmitgliedern ehrenamtliche Tätigkeiten durchaus bekannt seien. Er begrüße das Internetportal; die jährlichen Personalkosten in Höhe von 20.000,- € könne er aber nicht nachvollziehen. Er möchte wissen, ob bekannt sei, wie viele Ehrenamtliche es in Emden gäbe. **Frau Schulte** kann hierzu keine Auskunft geben.

Herr Götze weist darauf hin, dass nicht alles in Ehrenämtern erledigt werden könne. Zunächst müssten die Menschen, die eine Ausbildung nachweisen könnten, eine Arbeit erhalten. Wenn diese Personenzahl nicht ausreiche, sei das Ehrenamt eine gute Sache.

Frau Tempel erklärt, dass hinter der 0,5 Stelle, die für den Aufbau und Weiterentwicklung des o. a. Internetportals eingerichtet worden sei, eine enorme Arbeitsleistung stecke. Zu den Bedenken von Herrn Götze teilt sie mit, es ginge nicht darum, hauptberufliche Tätigkeiten durch das Ehrenamt zu ersetzen. In erster Linie ginge es um den Aufbau einer Datenbank, um zu sehen, in welchen Institutionen, Vereinen, Verbänden usw. ehrenamtlich gearbeitet werde. Weiter solle das Internetportal genutzt werden, um Interessierte, die sich ehrenamtlich engagieren möchten, Einsatzmöglichkeiten aufzuzeigen. Es sei ebenfalls beabsichtigt, eine Ehrenamtskarte einzuführen als eine Möglichkeit der Anerkennung und Wertschätzung des erbrachten Engagements.

Herr Dr. Voges erklärt, ein Ehrenamt bedürfe an vielen Stellen (z. B. bei der Betreuung von Demenzkranken oder in der Hospizarbeit) auch der Ausbildung. Man könnte nicht nur mit gutem Willen auf die Dinge losgehen, sondern man bräuchte auch schon ein bisschen „Know-how“. Notfalls müsste man einem Ehrenamtlichen darauf hinweisen, dass er für diese Tätigkeit nicht geeignet sei.

Herr Grix schließt sich dem an. Frau Tempel hätte seinerzeit angeregt, die Rufbereitschaft des Frauenhauses durch Ehrenamtliche durchführen zu lassen. Es hätten sich damals auch drei Damen bereit erklärt, diese Tätigkeit zu übernehmen. Leider seien diese bis jetzt nicht qualifiziert worden. Die MitarbeiterInnen des Frauenhauses sähen sich arbeitsbedingt hierzu nicht in der Lage. Die Frage sei daher, wie den Vereinen und Verbänden zu helfen sei, um Qualifizierungen umzusetzen. **Frau Schulte** verweist bezüglich der Ausbildung von Ehrenamtlichen auf die Freiwilligenakademie. **Herr Dr. Voges** ergänzt, dass in Emden die VHS und die Ev. Familienbildungsstätte ebenfalls gute Einrichtungen für die Ausbildung Ehrenamtlicher seien.

Frau Orth möchte wissen, ob das o. a. Internetportal in den bereits bestehenden Internetauftritt der Stadt Emden integriert werde. **Herr E. Bolinius** möchte bezüglich des seinerzeitigen Antrags der FDP-Fraktion, eine Ehrenamtskarte einzurichten, wissen, ob dieser wieder aufgegriffen oder ein neuer Antrag gestellt werden solle. **Frau Tempel** erwidert, der Antrag müsse nicht neu gestellt werden. Die entsprechenden Unterlagen seien ihr zwischenzeitlich zugegangen. Die Verwaltung werde mit den hierzu erarbeiteten Lösungsvorschlägen unaufgefordert in den Ausschuss für Gesundheit und Soziales zurückkehren.

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Frau Kandziora erklärt, sie empfinde den in der Einleitung genannten Begriff „Honorierung“ nicht passend. Wenn eine Tätigkeit honoriert werde, sei es kein Ehrenamt mehr. Ein Ehrenamt verrichte man kostenlos. **Herr Lutz** erklärt, das Wort „Honorierung“ komme aus dem Lateinischen „honor“ (die Ehre). Eine Honorierung bedeute nicht unbedingt Geld, sondern wie man die Ehre zurückgebe. **Frau Kandziora** erwidert, da nicht jeder der lateinischen Sprache mächtig sei, schlage sie vor, das Wort „Honorierung“ in „Aufwandsentschädigung“ umzuwandeln. Dem wird zugestimmt.

Frau Meinen meint, es gäbe bestimmt eine große Kartei aller Einrichtungen, die Ehrenamtliche beschäftigten. Sie schlage vor, diese zu benutzen. Außerdem hoffe sie, dass die Vereine, die sich ehrenamtlich einsetzten, auch immer eine kleine städtische Unterstützung erhielten, denn alle kämpften am Existenzminimum. Und sie würden viele Arbeiten (Gestaltung von Flohmärkten usw.) erledigen, um ihre Arbeit für das Gemeinwohl einzusetzen. Bezüglich der Einführung einer Ehrenamtskarte zeigt sie sich kritisch. Diese wäre mit einem großen Arbeitsaufwand verbunden. Es sollte daher überlegt werden, ob für die Stadt Emden die Honorierung des Ehrenamts noch einmal „neu gestrickt“ werde.

Herr Haarmeyer berichtet von der Ehrenamtsbörse des Caritas-Verbandes. So seien z. B für die Tafel ca. 60 Ehrenamtliche tätig, die alle 60 Jahre und älter seien. Sie hätten zum Teil nur wenige oder gar keine PC-Kenntnisse und seien in den meisten Fällen durch eine „Mund-zu-Mund-Propaganda“ zu ihrer Tätigkeit gekommen. Er halte das Internetportal zur Förderung des Bürgerlichen Engagements für eine gute Sache. Dieses sollte schnellstmöglich installiert werden. **Herr Schild** schließt sich dem an. Es gäbe genügend Aufgaben in einer Gesellschaft. Mit Sicherheit werde hiermit niemandem die Arbeit weggenommen.

Frau Orth erkundigt sich nach den Programmen des Landes Niedersachsen zur Förderung des Ehrenamtes. **Frau Tempel** erwidert, diese Arbeiten befänden sich noch in der Entwicklung.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN UND GRUPPEN

TOP 7 Vorstellung Programm "Stromspar-Check";
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom 22.09.2010
Vorlage: 15/1796

Herr Haarmeyer erläutert ausführlich das Projekt „Stromspar-Check“, mit dem bei einem relativ geringem Aufwand und einfachsten Mitteln die jährlichen Energiekosten der Arbeitslosengeld II-Empfänger um ca. 160 – 170 € pro Haushalt gesenkt werden könnten. Das Projekt des Caritasverbandes laufe bundesweit sehr erfolgreich. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe nun vorgeschlagen, auch die Stadt Emden an diesem Projekt teilnehmen zu lassen. Als Berater sollten Langzeitarbeitslose geschult werden. Für die Stadt Emden (ca. 50.000 Einwohner) würden 5 – 6 Energiesparhelfer benötigt. Anschließend geht er auf den Inhalt des „Erst-Ausrüster-Koffers“ (Warenwert: 65,- €) ein, der den BürgerInnen, die eine Haushaltsberatung in Anspruch nähmen, kostenlos zur Verfügung gestellt werde. Danach erläutert er die Kosten:

Kosten für den Energiekoffer, der in den Haushalten verbleibt:	22.700,-- €
Overheadkosten	30.000,-- €

Er gehe von 350 Energieberatungen in Haushalten pro Jahr aus. Dies wäre ein Einsparpotential von 60 – 70.000 € jährlich. Positiv vermerken möchte er, dass ca. 70 % der ehemaligen Ener-

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

giesparhelfer in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden konnten. In den meisten Fällen hätte es sich um Langzeitarbeitslose im Alter von 50 bis 60 Jahren gehandelt. Er fände es schade, wenn dieses Projekt, welches zunächst so hoch gelobt worden sei, jetzt aufgrund der fehlenden Finanzmittel „zu den Akten gelegt werden müsste“.

Herr Lutz merkt an, dass der Verdienst der Energiesparhelfer (ca. 60.000,- €) natürlich noch zu den Kosten des Projekts hinzugezählt werden müsste. Er macht deutlich, dass die Stadt Emden gerne an diesem Projekt teilnehmen würde, dies aber nur mit finanzieller Unterstützung möglich sei. Die einzige Hoffnung sei, das Projekt über das Programm 50 + mitfinanzieren zu lassen. Außerdem sollte die Stadtwerke Emden GmbH an dem Projekt beteiligt werden. Anschließend geht er auf die Vergünstigungen der Stadtwerke Emden GmbH ein, wenn Kunden auf energiesparende Maßnahmen achteten.

Er weist darauf hin, dass die Stromeinsparungen, die mit dem Energiesparkoffer möglich seien, nicht an den städtischen Haushalt zurückfließen würden, da die Bedürftigen diese Kosten selber tragen. Ein Projekt für die Heizkosten würde er daher begrüßen.

Herr Götz schlägt ein Projekt mit der Fachhochschule Emden vor. Das Entscheidende sei, ob das Projekt nur für Hartz IV-Empfänger, im Niedriglohnbereich oder bei der Grundsicherung angesiedelt werden solle. Seines Erachtens könnte dieses Projekt für alle Emdener BürgerInnen aufgelegt werden, denn Energieeinsparungen seien insgesamt ein Thema. Er stimmt dem Vorschlag von Herrn Lutz zu, das Projekt zusammen mit der Stadtwerke Emden GmbH durchzuführen.

Herr Grix lobt den Vortrag von Herrn Haarmeyer. Er bedauere, dass der Strompreis nicht schon höher sei, denn dann würden mehr BürgerInnen darüber nachdenken, ihren Verbrauch einzuschränken. In vielen Haushalten würde aufgrund der Informationen, die herausgegeben würden, aber schon versucht, Energie einzusparen. Er fände es daher wichtiger, auf die Energieeinsparungen städtischer Gebäude zu achten. Im Übrigen gäbe es in Emden zurzeit keine arbeitslosen Elektriker und nur sehr wenige qualifizierte Sozialarbeiter. Es werde daher sehr schwierig, qualifiziertes Personal zu finden.

Herr Graf befürwortet die Einführung des Energiesparkoffers. Die Ersparnis würden die Hartz-IV-Empfänger aufgrund der steigenden Energiepreise aber nicht deutlich spüren. Er plädiert dafür, neben der Stadtwerke Emden GmbH auch die ARGE an dem Projekt zu beteiligen, denn die ARGE würde von der Heizkostensparnis der ALG II-Empfänger ebenfalls profitieren.

Herr Haarmeyer erklärt, ihm sei wichtig, dass die Energiesparhelfer in die Wohnungen der ALG II-Empfänger gingen, denn viele hätten Hemmungen, den Treffpunkt der Stadtwerke Emden GmbH als Beratungsstelle aufzusuchen.

Herr E. Bolinius unterstützt die Ausführungen von Herrn Grix und verweist auf den überheizten Ratssaal. Im Namen einer einkommensschwachen Bekannten erkundigt sich, wo alte Kühlschränke kostengünstig entsorgt werden könnten. Ihm wird mitgeteilt, dass alte Kühlschränke kostenlos vom BEE abgeholt würden. Genauere Informationen seien im Abfallberater (Broschüre der Stadt Emden) zu finden.

Frau Orth lehnt eine Energiesparberatung zu Hause ab. Sie schlägt vor, Informationen im Bürgerbüro auszulegen.

Frau Grix merkt zu den Ausführungen von Herrn E. Bolinius an, dass es heute im Ratssaal zwar warm sei, der Rat aber auch schon oft in kalten Räumen gesessen hätte. **Herr Lutz** verweist auf das vor einiger Zeit zwecks Energieeinsparung eingebaute Steuerungssystem. Leider führe dies häufig zu niedrigen Temperaturen im Ratssaal.

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Bezüglich der Bemerkung von Herrn Grix erläutert er die bereits ausgeführten Energieeinsparungen an den städtischen Gebäuden (Wärmedämmungen, Fenster- und Heizkörperaustausch, Einbau von Blockheizkraftwerken usw.)

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 8 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

K e i n e

TOP 9 Anfragen

1. Mammobil

Frau L. Meyer möchte wissen, ob es für das Mammobil keinen zentraleren Platz als den Schützenplatz gäbe. Außerdem sei sie von vielen Frauen angesprochen worden, warum die Krebsvorsorge nur für 50 – 70 jährige durchgeführt werde. Sie finde diese Untersuchung auch für jüngere Frauen sehr wichtig. **Herr Dr. Obes** erläutert, Krebserkrankungen hätten – abhängig vom Lebensalter – eine bestimmte Häufigkeitsverteilung. Mit steigendem Lebensalter steige das Risiko, an verschiedenen Krebsformen zu erkranken. Meistens könne bei der Feststellung einer Krebserkrankung im relativ hohen Alter aber keine Lebensverlängerung der erkrankten Frauen mehr durch eine Behandlung erzielt werden. **Herr Lutz** erklärt, wenn Frauen zwischen 35 und 50 Jahren gerne zur Mammographie gehen wollten, mögen sie sich doch bitte an ihre Krankenkasse wenden.

2. Keime in Krankenhäusern

Frau L. Meyer möchte wissen, ob es ein Register gäbe, in wie vielen Fällen und in welchen Krankenhäusern die Keime aufgetreten seien. **Herr Dr. Obes** erwidert, es sei geplant, in einer Woche im Mai d. J. im Emdener Krankenhaus sämtliche neu aufgenommenen Patienten zu testen, ob sie den Antibiotika widerstandsfähigen Problemkeim auf ihrer Schleimhaut tragen würden. Das Ziel dieser einwöchigen Untersuchung sei es herauszufinden, welche Risikogruppen es gäbe. Im Anschluss daran würden die Untersuchungsergebnisse ausgewertet und an das Landesgesundheitsamt in Hannover weitergeben. Dort würde dann auch das von Frau L. Meyer angesprochene Register erstellt mit dem Ziel, zukünftig ein spezielles Augenmerk auf gewisse Risikogruppen haben zu können. Längerfristig seien auch Untersuchungen der niedergelassenen Ärzte, in Rehakliniken, Pflegeheimen, Rettungsdiensten u. ä. sowie grenzübergreifende Fortbildungsveranstaltungen geplant.

3. Neuorganisation der Aufgabenwahrnehmung der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II – Beschluss in der Ratssitzung am 16.12.2010 (TOP 29)

Herr Götze erinnert an den o. a. Beschluss und seine Anregung, in eine der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Gesundheit und Soziales noch näher auf dieses Thema einzugehen. Bezüglich der Gründung eines Beirates möchte er wissen, ob die Arbeitgeberverbände usw. schon angeschrieben worden seien. **Herr Lutz** antwortet, dass die Trägerversammlung zwischenzeitlich gegründet worden sei. Der wichtigste Schritt sei jetzt die Aufgabenverteilung. Bisher sei eine relativ starke Anzahl von Mitarbeitern mit der Leistungsgewährung beschäftigt gewesen.

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Anschließend geht er näher auf den Beirat ein. Er werde in der Trägerversammlung am 16.02.2011 dieses Thema noch einmal zur Sprache bringen. Für die nächste Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 30.03.2011 kündigt er einen ausführlichen Bericht an. Hier könnte sich dann auch die Geschäftsführung des Jobcenters vorstellen. **Herr Götze** ist hiermit einverstanden.

4. Landkreis Aurich

Herr Graf erläutert, es sei immer im Gespräch gewesen, dass sich der Landkreis Aurich durch den Zuschlag der Optionskommune vom Jobcenter Emden trenne. Er erkundigt sich nach dem Sachstand. Er hätte gehört, dass das Verfahren beendet wäre: Aurich würde selbstständig und Emden wäre dann „abgenabelt“.

Herr Lutz erwidert, es handele sich hier um keine kommunale Angelegenheit. Er bittet Herrn Graf, sich in dieser Frage an den LK Aurich zu wenden.

5. Wiedereingliederungsmaßnahme „Arbeit ist möglich“ des Jobcenter Emdens

Herr Graf moniert, dass die MitarbeiterInnen, die per PKW oder Bus zu der o. a. Wiedereingliederungsmaßnahme kämen, eine Aufwandsentschädigung in Höhe eines Busmonatstickets erhielten. Die Fahrradfahrer hingegen gingen leer aus. Außerdem möchte er wissen, warum die Beschäftigten noch keinen Arbeitsvertrag erhalten hätten. **Herr Lutz** antwortet, auch hierfür sei die Stadt Emden nicht zuständig. Er bittet Herrn Graf, sich an das Jobcenter Emden zu wenden.

Bezüglich der erstatteten Aufwendungen für ein Busticket sei das Verfahren des Jobcenters korrekt. Er halte es für eine Ungleichbehandlung, wenn ein Fahrradfahrer, der diese Aufwendungen nicht habe, dieses Geld trotzdem bekomme.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.